

OV-Rundschreiben 2/2003

9. Mai 2003/pa

Liebe Mitglieder,

so langsam kommt das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung zum Laufen. Seitdem der Traum von Olympia in Stuttgart und Baden-Württemberg ausgeträumt ist, ist die „Faszination Olympia“ von den Frankiermaschinen verschwunden. Die Ministerien zeigen nun Flagge auf Ihrer Briefpost für das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung 2003: „mitten drin statt außen vor!“

Gleichzeitig haben Thesenpapiere zur Reform des Sozialstaates Hochkonjunktur: Ob Regierung, Parteien, Gewerkschaften oder Verbände: alle meinen, sich zur Sozialhilfe, zur Eingliederungshilfe, zur Pflegeversicherung oder zum Gesundheitswesen zu Wort melden zu müssen. In Zeiten wie diesen sind wir als Interessensvertretung gefragt: wir müssen Position beziehen und unsere Anliegen vertreten: klar und schnörkellos! Wir müssen schon heute dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft die Menschen mit Behinderung, die auf Hilfe und Unterstützung Dritter angewiesen sind, diese auch erhalten. Ein „Sparen“ auf dem Rücken der Betroffenen lehnen wir ab! Lassen Sie uns gemeinsam eintreten für die Teilhabe behinderter Menschen – trotz schlechter Haushaltslage der öffentlichen Hand! Wir meinen: „nichts über uns ohne uns!“

Mit freundlichen Grüßen

Hans Ulrich Karg
Vorsitzender

Jutta Pagel
Geschäftsführerin

In dieser Ausgabe – Kurz und aktuell

Neues zur Grundsicherung	2
SGB IX umsetzen – im Netz	2
Recht aktuell – Stellungnahmen RVO Frühförderung	3
Zukunft der Eingliederungshilfe CDU-Thesenpapier, Positionspapier der LIGA der freien Wohlfahrtspflege	3
Verwaltungsreform Baden-Württemberg - Auswirkungen	3
Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit	4
„Tag behinderter Menschen im Parlament“ – 16.10.03	4
Barrierefreiheit DIN 18030	5
PC-Einsteigerkurse „start & klick“	5
Die neuen Mini-Jobs	5
Verschiedenes Neue Broschüren: SGB IX, Steuertipps, Mitwirkung im Heim, Anlaufstelle Pflege im Heim	6
Aus den Ortsvereinen Esslingen, Karlsruhe, Lahr, Ludwigsburg	6
LV-Aktuell: In eigener Sache ... Fachtagungen „Kommunikationsförderung – eine gemeinsame Aufgabe von Schulkinder- garten und Eltern“, „Wir gestalten unsere Zukunft selbst“, Pressespiegel	7

Neues zur Grundsicherung

Kindergeld

Die gemeinsamen Empfehlungen des Landkreis- und des Städtetages Baden-Württemberg weisen eindeutig darauf hin, dass Kindergeld Einkommen der Eltern und nicht des behinderten erwachsenen Kindes ist. Kindergeld darf daher nicht auf den Grundsicherungsbedarf des Kindes angerechnet werden. Dies gilt auch dann, wenn das behinderte Kind im Haushalt der Eltern lebt. Dies wurde uns auf telefonische Rückfrage vom Landkreistag bestätigt.

Mittlerweile häufen sich Entscheidungen von Landkreisen, die davon abweichen. Wir empfehlen Ihnen daher dringend, Widerspruch einzulegen. Der Bundesverband hat dazu eine ausführliche Argumentationshilfe erarbeitet, die auch bei der LV-Geschäftsstelle erhältlich ist.

Weitere Fragen

Gerne hilft Ihnen die LV-Geschäftsstelle bei Unklarheiten weiter. Wir sind im ständigen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und darum bemüht, die Abwicklung der Grundsicherung möglichst einfach zu gestalten.

SGB IX umsetzen – im Netz

Seit Anfang April ist sie frei geschaltet: unter www.sgb-ix-umsetzen.de finden Sie im Internet alles rund um das Gesetz zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Die Seite ist nach den neuesten Richtlinien barrierefrei gestaltet; Anregungen und Kritik sind willkommen. Verantwortlich für das neue Online-Angebot zeichnet der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (siehe auch unter www.behindertenbeauftragter.de).

Recht aktuell - Stellungnahmen -

Rechtsverordnung Frühförderung

Bundesministerin Ulla Schmidt hat eine – gegenüber dem Referentenentwurf vom Januar 2003 – überarbeitete Rechtsverordnung nunmehr dem Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt. Dieser wird in seiner Sitzung am 23. Mai 2003 darüber entscheiden; evtl. wird die Beschlussfassung auch auf 20. Juni 2003 verschoben.

Das Land Baden-Württemberg wird grundsätzlich der neuen Rechtsverordnung zustimmen. Allerdings wird das Land einen Änderungsantrag einbringen, der ermöglichen soll, dass „weitergehende landesinterne Regelungen“ getroffen werden können. Auf Basis der vorhandenen Frühförderkonzeption soll die Frühförderung weiterentwickelt werden. Begrüßt wird, dass bei der IFF der Förder- und Behandlungsplan gemeinsam vom Arzt und der verantwortlichen pädagogischen Fachkraft unterzeichnet wird.

Das Land erkennt weiterhin die hohe Bedeutung des Landeszuschusses für die Interdisziplinären Frühförderstellen. Der Landeszuschuss dient als „Härteausgleich“ für die – nicht durch die Rehabilitationsträger über Entgelte finanzierten – notwendigen Abstimmungen innerhalb des interdisziplinären Teams.

Nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung werden auf Landesebene weitergehende Regelungen beraten. Unser Landesverband wird daran beteiligt sein.

Weitere Informationen sowie den aktuellen Entwurf der Rechtsverordnung sind bei der LV-Geschäftsstelle erhältlich.

Zukunft der Eingliederungshilfe

Die CDU Baden-Württemberg hat „Thesen zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ beschlossen und die Verbände aufgefordert, ihre Meinung dazu zu sagen. Auf der Grundlage des Papiers soll die Eingliederungshilfe weiterentwickelt werden. Im Kern enthält das Papier folgende politischen Forderungen:

- Die Strukturen der Behindertenhilfe sollen so weiterentwickelt werden, dass die Hilfen im Einzelfall noch zielgenauer ankommen. Die Hilfestrukturen sollen gemeinsam von Elternverbänden, der freien Wohlfahrtspflege und den Landeswohlfahrtsverbänden weiterentwickelt werden.
- Gesetzliche und vertragliche Leistungsverbesserungen, auch Standardverbesserungen, müssen auf ihre sichere, dauerhafte Finanzierbarkeit überprüft werden.
- Der Bund soll sich an der Finanzierung der Eingliederungshilfe beteiligen, da es sich um eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe handle. Gefordert wird ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung sowie eine „Behindertenrente für erwachsene behinderte Menschen“ nach dem Beispiel Frankreichs.
- Die Leistungen der Pflege- und Krankenversicherung müssen mit der Eingliederungshilfe nach BSHG besser abgestimmt werden.
- Der Nachrang der Eingliederungshilfe (Sozialhilfe) soll verstärkt werden. Eltern erwachsener behinderter Menschen sollen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten wieder stärker zum Unterhalt herangezogen werden.
- Unnötige Bürokratie soll abgebaut werden. Als Beispiel wird die Grundsicherung in stationären Einrichtungen genannt, von der nicht der behinderte Mensch profitiert, sondern nur der Sozialhilfeträger.

Der Vorstand des Landesverbandes wird in seiner nächsten Sitzung die Stellungnahme des Landesverbandes beraten.

Das CDU-Thesenpapier sowie die Stellungnahme des Landesverbandes kann bei der LV-Geschäftsstelle angefordert werden.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg hat in ihrer Mitgliederversammlung am 3. April 2003 in Karlsruhe ein Positionspapier zur Weiterentwicklung der Behindertenhilfe verabschiedet. Im Mittelpunkt steht dabei die Beibehaltung von Standards in der Betreuung und Förderung.

Das Positionspapier kann bei der LV-Geschäftsstelle angefordert werden.

Die Zukunft der Eingliederungshilfe ist u. a. auch Thema bei der Mitgliederversammlung des Paritätischen am 11. Juli 2003 in Karlsruhe, beim „Tag behinderter Menschen im Parlament“ am 16. Oktober 2003 in Stuttgart sowie bei der Tagung des Bundesverbandes am 17. Oktober 2003 in Berlin.

Weitere Informationen sind in der LV-Geschäftsstelle erhältlich.

Verwaltungsreform Baden-Württemberg- Auswirkungen

Die Nachricht über die geplante Verwaltungsreform hat alle überrascht. Sie soll nach dem Willen des Ministerpräsidenten bis Anfang 2005 umgesetzt werden. Auch wenn die Regierungsfractionen der Verwaltungsreform im Grundsatz zugestimmt haben, sind Änderungen im Detail durchaus noch möglich. Für die Arbeit des Landesverbandes ist besonders die vorgeschlagene Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände sowie der Staatlichen Schulämter in die Stadt- und Landkreise von besonderer Bedeutung. Deshalb hat sich der Vorstand unseres Landesverbandes damit befasst. Insbesondere besteht die Sorge, dass keine landesweit verbindlichen Regelungen mehr in vielen Lebensbereichen bestehen könnten. Sowohl Vorstand als auch LV-Geschäftsstelle werden die weitere Entwicklung konstruktiv kritisch beobachten, um möglichst frühzeitig reagieren zu können. Derzeit fehlen jedoch

konkrete Informationen über mögliche Veränderungen.

Da auch beide Landeswohlfahrtsverbände von dem Vorschlag der Kommunalisierung überrascht wurden, ist sowohl auf badischer als auch auf württembergischer Seite ein leichtes Aufeinanderzugehen in Richtung Fusion der beiden Verbände zu registrieren. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, wird eine Fusion nicht mehr völlig ausgeschlossen.

Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit

Noch immer gibt es keine verbindliche Aussage, wann Menschen mit Behinderung, die nach den Sommerferien (bzw. nach Abschluss der Schule) 2003 in Berufsförder-, Berufsbildungswerke oder in einer Werkstatt für behinderte Menschen aufgenommen werden sollen, eine Zusage vom Arbeitsamt erhalten. Diese unerwartete Vorgehensweise der Arbeitsämter, die uns nicht nur aus Baden-Württemberg sondern auch aus dem Rheinland bekannt ist, ist für uns nicht hinnehmbar.

In einem ersten Schritt hat unser stellvertretender Vorsitzender, Dr. Ulrich Noll, in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter einen Antrag im Parlament gestellt. Gefragt wird nach den Auswirkungen der Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Ersteingliederung von jungen Menschen mit Behinderung sowie ob und ggf. welche Initiativen die Landesregierung plant.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf berufliche Ersteingliederung haben. Wir können daher Betroffenen nur empfehlen, sich nicht hinhalten zu lassen, sondern sich gegen die Verzögerungen oder Ablehnungen zu wehren. Dabei bietet der Landesverband im Rahmen seiner Möglichkeiten seine Unterstützung an.

“Tag behinderter Menschen im Parlament – Politiker suchen den Dialog“ 16. Oktober 2003

Auf der Grundlage des Programmablaufs der Vorjahre hat der Vorbereitungskreis in Abstimmung mit dem Landtag folgende Foren und Arbeitsgruppen festgelegt. Hierzu sind alle Interessierte eingeladen, diese inhaltlich vorzubereiten. Bitte wenden Sie sich an unsere LV-Geschäftsstelle.

Vormittagprogramm

Forum „Gleichstellung jetzt!“

Landesgleichstellungsgesetz, Umsetzung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetz

Federführung: LAG H

Forum „Gleiche Bildung – gleiche Chancen!“

Gemeinsamer Unterricht, Lehrerversorgung, Schülerbeförderung, Nachteilsausgleich, ...

Federführung: LV Körper- und Mehrfachbehinderte

Forum „Selbst bestimmt leben – wo und wie?“

Ambulant vor stationär, Teilhabe, Dezentralisierung, Assistenz, offene Hilfen, ...

Federführung: LV Lebenshilfe

Forum „mitten drin statt außen vor“

Barrierefreiheit, ÖPNV, Landesbauordnung, Tourismus, ...

Federführung: Dachverband integratives Planen und Bauen Stuttgart (DIPB)

Nachmittagsprogramm

AG „Ohne Moos nix los!“

Bedarfsermittlung, Bedarfsdeckung, Eigenverantwortung, leere Kassen der öffentlichen Hand, ...

Federführung: LV Lebenshilfe

AG „Arbeitswillig und doch ohne Arbeit!“

Federführung: Sozialverband VdK

AG „Teilhabe auch im Alter“

Demografie, Unterstützungsbedarf, Personal, Versorgungsstrukturen, ...

Federführung: LV Körper- und Mehrfachbehinderte

AG „Krank sparen im Gesundheitswesen?“

Gesundheitsreform, Heil- / Hilfsmittel, Reha, Entsolidarisierung, Wahlleistungen, ...

...

Federführung: Patientenberatung der LAG H

AG „Nahverkehr – für uns ganz fern“

Federführung: DIPB

Das detaillierte Programm liegt bei. Bitte melden Sie sich direkt beim Landtag an.

Barrierefreiheit

DIN 18030 (siehe OV-RS 1/2003)

Im November 2002 präsentierte das DIN Deutsches Institut für Normung e.V. – Normenausschuss Bauwesen (NABau) einen Entwurf für eine DIN 18030, in der sämtliche Regelungen zur Barrierefreiheit zusammengefasst werden sollen. Leider bleibt die Neufassung teilweise hinter den geltenden DIN-Normen zurück. Deshalb hat auch unser Landesverband einen Einspruch eingelegt.

Der ursprünglich für Juni vorgesehene Termin zur Beratung der zahlreich eingegangenen Einsprüche wurde nun auf Anfang Oktober 2003 verschoben. Dies bedeutet, dass voraussichtlich in diesem Jahr nicht mehr mit einem Inkrafttreten der neuen Norm zu rechnen ist.

PC-Einsteigerkurse: „start & klick“

Die Landesstiftung Baden-Württemberg führt das Einsteigerprogramm für PC und Internet „start und klick!“ um ein weiteres Jahr bis August 2004 weiter. Der Landesverband ist Vertragspartner der Landesstiftung und kann daher kostengünstige Einsteigerkurse anbieten. Es stehen noch genügend Finanzmittel hierfür bereit. Deshalb rufen wir nochmals zur Teilnahme auf!

Bitte nehmen Sie bei Interesse kurzfristig Kontakt mit unserer LV-Geschäftsstelle auf. Frau Reinheimer informiert Sie gerne über die Details.

Die neuen Mini-Jobs

Zum 1. April 2003 wurde die monatliche Verdienstgrenze von 325 € auf 400 € angehoben. Ein Mini-Job neben der Hauptbeschäftigung ist wieder sozialversicherungsfrei. Die 15-Wochenstunden-Grenze gilt nicht mehr. Der sog. Mini-Job ist für Arbeitnehmer abgabefrei, während der Arbeitgeber eine Pauschalabgabe von insgesamt 25 Prozent zahlt.

Für Mini-Jobs in Privathaushalten gelten weitere Vereinfachungen. Neu ist, dass Arbeitgeber hier nur 12 Prozent AG-Pauschale zahlen, nämlich:

- 5 % Beiträge zur Krankenversicherung
- 5 % Beiträge zur Rentenversicherung
- 2 % pauschale Lohnsteuer

Die Beiträge werden im Haushaltscheckverfahren gezahlt. Arbeitgeber melden sich hierzu bei der Bundesknappschaft – Minijob-Zentrale – 45115 Essen (Telefon Service Center 0800 200 504 von 7 bis 19 Uhr) an.

Neu ist, dass Privatleute, die Haushaltshilfen beschäftigen, dadurch Steuern sparen können.

Ausführliche Informationen gibt es unter www.minijob-zentrale.de. Kurz und übersichtlich informiert über die speziellen Regelungen auch das Faltblatt „Die neuen Mini-Jobs – Sonderdruck gesichertes Le-

ben, Aktuell 2“ der LVA Baden-Württemberg, das in allen Beratungsstellen erhältlich ist.

Verschiedenes

Neue Broschüren

Neue Chancen der Gleichstellung durch das SGB IX – „Besondere Bedürfnisse“ behinderter Frauen im Sinne des § 1 Satz 2 SGB IX (kostenlos)

Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

Bezugsadresse: BMFSFJ, 53107 Bonn, Tel. 0180 / 5 32 93 29, eMail broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de

Steuertipps für Menschen mit Behinderung (kostenlos)

Herausgeber: Finanzministerium Baden-Württemberg

Bezugsadresse: Finanzämter, Oberfinanzdirektionen sowie als download unter www.finanzministerium.baden-wuerttemberg.de

Mitwirkung im Heim – Unterstützung der Heimbeiräte (kostenlos)

Anlaufstelle Pflege im Heim – Ein Leitfaden für Seniorenräte (kostenlos)

Herausgeber: Landesseniorenrat (LSR) in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium

Bezugsadresse: LSR, Rotebühlstraße 131, 70197 Stuttgart

Aus den Ortsvereinen

Esslingen

Zwölf Jahre lang hat **Gabriele Eissele** die Kasse verwaltet und zusätzlich vor drei Jahren auch den Vereinsvorsitz übernommen. Bei der Mitgliederversammlung schied sie nun auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus. Unser Dank gilt Frau Eissele sowie dem ebenfalls ausscheidenden Vorstandsmitglied, Reinfried Eivers, für ihr unermüdliches Schaffen im Verein. In die Amtszeit von Frau Eissele

fiel insbesondere die Fertigstellung des lange ersehnten Wohnheimes.

Zur Vorsitzenden wählten die Mitglieder die bisherige stellvertretende Vorsitzende **Martina Müller**. Frau Müller ist zugleich Sprecherin der LAG der Elternbeiräte an Schulen für Körperbehinderte und selbst Elternbeiratsvorsitzende in der Rohräcker-schule Esslingen. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Inge Vogel** gewählt, die Kasse verwaltet künftig **Martha Metzger**. In den erweiterten Vorstand wurde erstmals **Rainer Bauer** gewählt. Wir gratulieren herzlich und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit den „Neuen“!

Karlsruhe

Wer wenn nicht **Rosemarie Münchmeyer** aus Karlsruhe hätte eine Auszeichnung verdient? Als „Mutter der ersten Stunde“ ist Rosemarie Münchmeyer seit 39 Jahren unermüdlich ehrenamtlich im und für den Spastikerverein Karlsruhe aktiv. Bei der Mitgliederversammlung erhielt sie nun für ihr Engagement die goldene Ehrennadel des Landesverbandes. Wir gratulieren herzlich!

Lahr

Ein Stabwechsel fand bei der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Lahr statt. Seit 1981, dem „Internationalen Jahr der Behinderten“, stand **Dr. Walter Caroli** als Vorsitzender an der Spitze des Vereins. Besondere Würdigung verdient sein Engagement für das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, wie sie mit dem „Treffpunkt“ mitten in der Stadt seit Jahren gelebt wird. „Toleranz, Nächstenliebe und Solidarität sind Ziele, für die es weiter zu kämpfen gilt“, meinte der scheidende Vorsitzende. Die Mitglieder dankten ihm für sein außerordentliches Engagement und wählten ihn einstimmig zum Ehrenvorsitzenden. Wir gratulieren herzlich!

Gut vorbereitet war der Stabwechsel: auf Dr. Walter Caroli folgt nun **Heinz Kuhn** als Vorsitzender. Herr Kuhn ist von Beruf Sonderschullehrer an der Schule für Körperbehinderte in Offenburg und kennt als Vater eines behinderten Sohnes die Sorgen und Nöte von Familien mit behinderten Kindern auch aus eigenem Erleben. Das Jahresprogramm 2003 trägt bereits seine Handschrift. Besonders liegt ihm

eine aktive Elternarbeit am Herzen. Die Elterngruppen des Lehrer Vereins sind seit vielen Jahren sehr rege. Angebote für junge Eltern befinden sich im Aufbau. Als neu gewähltes Vorstandsmitglied wird sich insbesondere **Bianca Himmelsbach** (selbst Mutter einer 4 ½ jährigen körperbehinderten Tochter) kümmern. Sie wird unterstützt durch das kooptierte Vorstandsmitglied **Mechthild Waldmann** (Mutter eines 3-jährigen körperbehinderten Kindes). Bianca Himmelsbach rückt für den ausgeschiedenen **Ferdinand Geiger** nach. Seit Gründung des Vereins war Herr Geiger aktiv im Vorstand dabei und packte überall an, wo es Not am Mann gab. Ein herzliches Dankeschön für das langjährige Engagement!

Ludwigsburg

Seit 36 Jahren ist **Otto Koch** als „Pionier der ersten Stunde“ aktiv dabei als Kassier und ehrenamtlicher Geschäftsführer des Elternvereins: gut, zuverlässig, akribisch, immer präsent, wenn er gebraucht wird – für sein jahrzehntelanges Wirken für behinderte Menschen wurde er bei der Mitgliederversammlung nun mit der goldenen Ehrennadel des Landesverbandes ausgezeichnet. Wir gratulieren herzlich!

<p>Landesverband aktuell: in eigener Sache ...</p>

... laden wir Sie zu den beiden Veranstaltungen ein! Wir bitten Sie, die Einladungen an Interessierte weiterzugeben:

9. Juli 2003, Stuttgart

Fachtag „Kommunikationsförderung – eine gemeinsame Aufgabe von Schulkindergarten und Eltern“

19./20. Juli 2003, Pforzheim-Hohenwart

Fachtagung „Wir gestalten unsere Zukunft selbst“

Anlagen

Einladung „Tag behinderter Menschen im Parlament“

Einladung Fachtag „Kommunikationsförderung – eine gemeinsame Aufgabe von Schulkindergarten und Eltern“

Einladung Fachtagung „Wir gestalten unsere Zukunft selbst!“
Pressespiegel